



Der Präsident  
des Landtags NRW  
Herrn André Kuper  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf



22. November 2017  
Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr Präsident,

anbei übersende ich Ihnen den erbetenen Bericht zum Haushaltsentwurf  
2018 für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner



**Bericht**  
**des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales**  
**zum Haushaltsentwurf 2018**

**November 2017**

Die Ergebnis- und Transferhaushalte Europa / Ruhr-Konferenz und Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie der Ergebnishaushalt Vertretung des Landes bei der Europäischen Union, die durch den Ausschuss für Europa und Internationales des Landtages Nordrhein-Westfalen beraten werden, bilden die haushaltsrechtliche Grundlage für die Arbeit der Landesregierung in diesen Themenfeldern. Die Ansätze spiegeln den Willen der Landesregierung, Nordrhein-Westfalen wieder zu einer treibenden Kraft in der Europapolitik zu machen und die internationale Arbeit des Landes zu stärken. Daneben wird die Ruhr-Konferenz, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, 2018 als neues Element implementiert.

Die **Ruhr-Konferenz** wird als offener Prozess angelegt, der entscheidende Impulse für die Entwicklung der Region bis 2030 geben soll. Bund, Land, Europa, die Kommunen und die örtliche Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturlandschaft gemeinsam sollen sich daran beteiligen und ihre Ideen einbringen, um die enormen Potenziale des Ruhrgebietes zu entwickeln und zu nutzen. Zur Koordination der Aktivitäten wird in der Staatskanzlei beim Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales eine Stabsstelle eingerichtet. Dafür und für die operativen Aufgaben zur Durchführung der Ruhr-Konferenz sind insgesamt 310.000 Euro für das Jahr 2018 vorgesehen.

Ich komme zum **Teil Europa**:

Für den Bereich Europa sieht der Haushaltsentwurf in 2018 Ausgaben in Höhe von rund 2.9 Mio EUR vor. Der Gesamtansatz der Titelgruppe Europa [02 010 TG 63] hat sich

gegenüber 2017 um 105.000 EUR erhöht. Grund dafür ist, dass Nordrhein-Westfalen am 1. Juli 2018 turnusgemäß für ein Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz der Länder übernehmen wird. Mit den in Titel 526 63 neu eingestellten Mitteln finanzieren wir u.a. die dringend notwendige Geschäftsstelle der EMK, die neben einer Sachbearbeitung mit einer zusätzlichen Referentin befristet für zwei Jahre ausgestattet wird. Weitere 120.700 EUR kommen aus dem Titel 427 63 durch Umschichtung hinzu. Die Zeit des Vorsitzes bietet dem Land Nordrhein-Westfalen als größter Region der EU dann auch die Möglichkeit, sich in besonderer Weise als Kernregion Europas sowie als europapolitischer Impulsgeber zu präsentieren. Nordrhein-Westfalen wird den EMK-Vorsitz nutzen, um im Kreis der Länder sowie gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission als Initiator, Antreiber und Mitgestalter aufzutreten.

Die übrigen Ansätze wurden 1 : 1 überrollt, was sich den „Zusätzlichen Erläuterungen“ entnehmen lässt, in denen die Gesamtansätze des Ergebnis- und Transferhaushalts der einzelnen Bereiche aufgelistet sind.

Die europäische Orientierung Nordrhein-Westfalens hat zwei zentrale Wurzeln: Seine Geschichte und seine geographische Lage. Die historischen Wurzeln reichen bis weit in das 19. Jahrhundert zurück. Die ersten Zuwanderer kamen aus Polen, im vorigen Jahrhundert dann aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei. Durch unsere Lage im Herzen Europas pflegen wir enge Kontakte zu unseren Nachbarn, den Niederlanden und Belgien.

So war es Ministerpräsident Armin Laschet wichtig, dass ihn seine erste Auslandsreise in die Niederlande führte. Im September ist er dort mit seiner königlichen Hoheit Willem-Alexander und Ministerpräsident Rutte zusammengetroffen. Eine Auslandsreise nach Belgien steht demnächst auf dem Programm. Und auch mit Frankreich und Polen verbinden uns sehr enge Beziehungen, unter anderem durch Partnerschaften mit den dortigen Regionen Hauts-de-Francis und Schlesien.

Wir können feststellen: Europa ist Teil unseres täglichen Lebens. Internationalität und kulturelle Vielfalt begegnen uns ständig und bereichern uns: in der Freizeit im Verein, oder bei der Arbeit im Unternehmen. Es gibt aber auch Konflikte, Europa ist nicht nur Sonnenschein. Wir haben gelernt, mit diesen Konflikten umzugehen, Kompromisse zu

schließen, nicht nur auf das Recht des Stärkeren zu setzen, auch anderen Raum zu geben.

Das müssen wir uns manchmal einfach bewusst machen: Denn historisch gesehen leben wir noch gar nicht so lange friedlich miteinander, mittlerweile sogar ohne Schlagbäume. Das Schengener Abkommen, das den freien Personenverkehr ohne Passkontrollen eingeführt hat, gilt zu Recht als eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration. Übrigens ist Nordrhein-Westfalen die siebtgrößte Volkswirtschaft der EU, die von den offenen Grenzen innerhalb Europas enorm profitiert.

Dies macht deutlich: Nordrhein-Westfalen ist ein Modellfall für Europa, und in Deutschland sind wir als gelernte Föderalisten geradezu die Fankurve eines offenen Europa. Wir leben Europa, auch wenn wir es manchmal zu Recht, manchmal zu Unrecht, kritisch diskutieren. Wir leben mit einer gemeinsamen Währung, wir leben mit offenen Grenzen, fast ohne sie überhaupt wahrzunehmen, wir fahren völlig selbstverständlich zum Einkaufen ins Nachbarland.

Dennoch wird Europa nicht so gewürdigt, wie es das verdient hätte. Für unser Land ist die Einbindung in Europa existentiell. Wir müssen zusammen mit der Zivilgesellschaft offen und konstruktiv daran arbeiten, dass Europa und damit auch Nordrhein-Westfalen in seiner Mitte eine Zukunft hat. Wir müssen den Menschen deutlich machen, welche Vorteile Europa und die EU uns bringen. Dazu zählt nicht nur das grenzenlose Reisen in der EU, sondern zum Beispiel auch, dass die Jugend in Europa ihre Ausbildung oder ihr Studium, finanziert von Programmen wie Erasmus+, in ganz Europa absolvieren kann.

Mit den Erklärungen des Europäischen Rates von Bratislava und Rom sowie mit dem Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft der EU wurde ein umfassender Diskussionsprozess zur Zukunft Europas eingeleitet. Die Berichte des Europäischen Parlaments vom Februar 2017 sowie die von der Kommission vorgelegten Reflexionspapiere zu zentralen europäischen Themen sind wichtige Beiträge zu diesem Prozess.

Der Präsident der Kommission Juncker hat in seiner Rede zur Lage der Union vom September 2017 erste Schlussfolgerungen aus der laufenden Debatte gezogen und seine Vorschläge für die weitere Entwicklung der EU dargelegt. Die Landesregierung unterstützt

das Anliegen, eine geeinte, starke und demokratische Union zu schaffen, die sich handlungsfähig gegenüber künftigen Herausforderungen zeigt.

Auch der französische Staatspräsident Emmanuel Macron machte bereits in seinem Wahlprogramm Vorschläge für eine Weiterentwicklung der EU, die er in seiner Rede zur Zukunft der EU am 26. September vertiefte. Die Vorschläge beziehen sich auf eine ganze Reihe von Politikfeldern von Sicherheit über Verteidigung, Migration, Wirtschaft bis hin zur Digitalisierung.

Allen Beteiligten ist klar, die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union muss weitergeführt werden. Sicher, es ist ermutigend, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein offenes und tolerantes Europa will. Es bleibt aber Aufgabe der Politik, den Menschen zu verdeutlichen, wo wir ohne Europa stünden und wo wir mit Europa hinwollen. Dafür stehen uns 831.000 EUR im Titel 534 63 zur Verfügung.

Die Landesregierung setzt einen Schwerpunkt auf die gezielte Stärkung der zivilgesellschaftlichen Europaarbeit. Zusätzlich werden wichtige europapolitische Projekte, die einen starken Beitrag zur Steigerung des Europagedankens in der Gesellschaft leisten können, finanziell gefördert, sei es im Rahmen der Europawoche oder durch das Format „Europa bei uns zuhause“. Erfolgversprechend ist auch die gute Arbeit mit den Europaschulen, mit den Jean Monnet Lehrstühlen an den Universitäten und in den Kommunen. Bei all diesen Formaten sehen wir viel Potential, die Idee der europäischen Einigung in der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft fester zu verankern.

Wir erreichen die Bürgerinnen und Bürger am besten in den Kommunen. Denn sie haben Erfahrung mit der Durchführung von niedrigschwelligen, interkulturellen Veranstaltungs- und Begegnungsformaten, sei es durch Bürgerbegegnungen, Schüleraustausche oder EU-Projekte. Und sie verfügen über entsprechende Kontakte. Sie wissen, wie sie die Menschen in Ihren Kommunen und Regionen zu Europa ansprechen und für Europa gewinnen können. Sie sind also essentielle Partner für die Europa-Arbeit der Landesregierung.

Vor wenigen Tagen wurden sechs weitere Kommunen als Europaaktive Kommunen ausgezeichnet. Dazu wurden noch elf weitere Sonderpreise für beispielgebende Europaaktivitäten der Kommunen vergeben. Die durch die Würdigung des Landes bekannt gemachten Aktivitäten der Kommunen sind bunt, intelligent und bereichernd für unser

Land. Sie führen zu mehr Aufmerksamkeit für Europa in den Kommunen, vernetzen Menschen und geben Europa vor Ort ein sehr lebendiges Gesicht.

Um aus jungen Menschen überzeugte Europäer zu machen, muss der europäische Gedanke bereits früh verankert werden. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die europapolitische Bildung in der Schule weiter zu stärken und die Themen Europa und EU noch stärker als bisher in den Schulunterricht einzubauen. Wegweisend ist die erfolgreiche Arbeit der derzeit 207 Europaschulen in Nordrhein-Westfalen. Sie fördern interkulturelle Kompetenzen, bieten erweiterte Fremdsprachen an und tragen zur Stärkung des Europagedankens in Bildung und Ausbildung bei. Die vertiefte Auseinandersetzung mit europäischen Inhalten, das Angebot von bilinguaalem Fachunterricht, regelmäßige europäische Austauschprogramme und Schülerbetriebspraktika im Ausland gehören zu den attraktiven Angeboten, die Europaschulen zugleich Image- und Standortvorteile sichern.

Die Landesregierung wird die Arbeit der Europaschulen und ihre Vernetzung weiterhin unterstützen und den Ausbau der Europaschulen vorantreiben. Mit Blick auf den Brexit und eventuell wegbrechende Schulpartnerschaften mit Großbritannien soll der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Schulen in Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden vorangetrieben sowie der Schüleraustausch in den Grenzregionen gefördert werden. Auf der bevorstehenden Jahrestagung der Europaschulen am 27.11.2017, bei der sich die Niederlande als Partnerland präsentieren, werden dazu Wünsche und Möglichkeiten nordrhein-westfälischer und niederländischer Schulen sondiert.

Viele Multiplikatorinnen und Multiplikatoren identifizieren sich stark mit der Europawoche und fokussieren einen erheblichen Teil ihrer Aktivitäten auf diesen mittlerweile gut eingeführten Zeitraum Anfang Mai. In 2018 wird die Europawoche vom 2. bis zum 15. Mai stattfinden. Wir haben dazu aufgerufen, in der Europawoche 2018 innovative und öffentlichkeitswirksame Projekte zu Europa durchzuführen und sich so niederschwellig mit dem Europagedanken zu befassen. Die besten Vorschläge erhalten von uns eine finanzielle Unterstützung. Dafür haben wir 100.000 EUR in Titel 539 63 eingeplant.

Die Benelux-Kooperation spielt neben den bilateralen Beziehungen zu unseren Grenznachbarn eine ganz besondere Rolle. Gemeinsam mit der Benelux-Union bilden wir heute einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum. Wir sind nicht nur Nachbarn in

Europa, sondern gute Freunde. Und wir sind stark aufeinander angewiesen. Schon aus rein wirtschaftlichen Gründen. Oder wegen der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Oder auch im Bereich Verkehr und Infrastruktur. Die ZARA-Häfen (Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam) sind in gewissem Sinne auch deutsche Häfen, wenn wir an ihre Bedeutung für die nordrhein-westfälische Wirtschaft denken.

Am 09. Dezember 2008 haben die damaligen Regierungschefs Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs sowie NRW-Ministerpräsident Rüttgers in einer „Politischen Erklärung“ eine Zusammenarbeit in Form einer privilegierten Partnerschaft zwischen NRW und der Benelux-Union vereinbart. Wir sind sehr stolz auf diese Partnerschaft, die in dieser strukturellen Form einzigartig ist. Im Laufe der Jahre hat sich die Zusammenarbeit auf die Bereiche Arbeitsmarkt, Transport und Verkehr, Binnenmarkt, Polizei und Justiz, Katastrophenschutz und Krisenbekämpfung sowie der Bekämpfung von Steuerbetrug ausgeweitet. Es ist unsere erklärte Absicht, diese Zusammenarbeit weiter auszubauen und vorhandene Potentiale noch besser auszuschöpfen. Im nächsten Jahr jährt sich die Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen NRW und Benelux zum 10. Mal. Dies werden wir entsprechend würdigen. Es fügt sich, dass in 2018 die Benelux-Union ihr 60-jähriges Bestehen begeht.

Aber nicht nur mit der Benelux-Union, sondern auch bilateral wollen wir mit den Benelux-Partnern eng zusammen arbeiten. Mit den Niederlanden werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren und die Kenntnisse der Akteure vor Ort über Probleme und Notwendigkeiten besser berücksichtigen. Damit werden wir in die Lage versetzt, bei unseren gemeinsamen Regierungskonsultationen konkrete Ziele und Maßnahmen zu definieren, die die Leute in der Grenzregion auch erreichen. Erst vor wenigen Tagen bin ich nach Maastricht gereist, um gemeinsam mit dem von der niederländischen Nationalregierung benannten Vertreter, Gouverneur Theo Bovens, die prioritären Themen festzulegen. Wir werden nicht mehr nur reagieren, sondern wir werden agieren!

Auch mit Belgien werden wir unsere Zusammenarbeit ausbauen. Das gilt gleichermaßen für Flandern und für Ostbelgien, aber auch für die Wallonie und natürlich für die Föderalregierung. Die zweite Auslandsreise wird Ministerpräsident Laschet deswegen im Dezember nach Belgien führen. Auch die Zusammenarbeit mit Luxemburg wird weiter verstärkt.

Blicken wir also auf ein Jahr, das sich nicht allein in Aktionen von symbolischer Bedeutung erschöpft, sondern Anlass und Ansporn ist für die kommenden Jahre, in denen eine substantielle Vertiefung der Zusammenarbeit angestrebt werden soll.

Die Landesregierung will den Weg Europas auch durch die internationale Zusammenarbeit des Landes mit den EU-Mitgliedstaaten aktiv mitgestalten. Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit in Europa werden sein: Frankreich, Polen und die Zusammenarbeit mit den französischen und polnischen Partnerregionen Hauts-de-France und Schlesien im Regionalen Weimarer Dreieck, sowie unsere Beziehungen zum Vereinigten Königreich und zu Ungarn.

In 2018 jährt sich zum 100. Mal das Ende eines Kriegs, der fast die gesamte Welt an den Rand des Zusammenbruchs führte, während in Polen und den anderen Visegrad- sowie der baltischen Staaten der 100. Jahrestag der Staatsgründungen begangen wird. Zugleich jährt sich der Elysée-Vertrag, mit dem durch die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland die Grundlage für ein friedliches Europa geschaffen wurde zum 55. Mal. Diesen Tatsachen wollen wir in Form von geeigneten Veranstaltungen Rechnung tragen. Dazu wollen wir auch die turnusgemäß anstehende Vergabe des Richeza-Preises für herausragende Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung nutzen.

Bei seiner Reise nach Kattowitz am 19/20. Oktober hat Staatssekretär Dr. Speich unseren Partnern im „Regionalen Weimarer Dreieck“ Schlesien und Hauts-de-France ein Projekt für 2018 vorgestellt, dem Jahr des Endes der hiesigen Steinkohleförderung. Ein gemeinsames Symposium, bei dem die Strategien in den drei Regionen zur Bewältigung der wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen des Strukturwandels diskutiert werden sollen. Nordrhein-Westfalen hat sich als Gastgeber für dieses Symposium angeboten. Für die Zusammenarbeit stehen uns 175.000 EUR in Titel 686 10 zur Verfügung.

Am 8./9. März 2018 wird die nächste Sitzung der Gemischten Regierungskommission NRW-Ungarn in Budapest stattfinden, bei der NRW mit einer Delegation vertreten sein wird. Die Themen der Zusammenarbeit sind: Wirtschaftliche Kooperation, Digitalisierung, Elektromobilität, Justizielle Zusammenarbeit, Hochschulkooperation und in diesem Rahmen auch das Praktikantenprogramm der Staatskanzlei.

Ich komme jetzt zu dem **Bereich Internationale Angelegenheiten und Eine Welt**.

Wie wir bereits im Zusammenhang mit der Kleinen Regierungserklärung diskutiert haben, ist NRW ein Land, das von jeher seinen Blick stark nach außen richtet, und das hat seinen guten Grund. Zum einen hat Einwanderung seit Jahrhunderten unsere Gesellschaft bereichert. Zum anderen kennen Sie alle die Zahlen: NRW für sich genommen wäre auf Platz 19 der Volkswirtschaften der Welt, mit all den Verflechtungen, die das heutzutage mit sich bringt. Somit ist es ja fast eine Binsenweisheit, darauf hinzuweisen, dass eine weltoffene Einstellung für ein exportorientiertes Land wie das unsere geradezu zwingend ist, denn darauf beruht unser Wohlstand.

Die Landesregierung hat sich deshalb natürlich auf die Fahnen geschrieben, die internationale Zusammenarbeit unseres Landes zu intensivieren. Dabei setzen wir klare Prioritäten, einerseits mit Blick auf die Auswahl unserer Partner, andererseits auch mit Blick darauf, wie wir uns engagieren, denn unsere Mittel sind natürlich endlich. Nachdem der Landtag sich für den Haushalt 2018 für eine Aufstockung der Mittel entschieden hat, ist der Gesamtansatz für 2018 im Vergleich zu 2017 unverändert geblieben. Auch die Höhe der Titel hat sich nur in einem einzigen Fall verändert, darauf komme ich noch zu sprechen.

Lassen Sie mich zunächst aber **in aller Kürze unsere Schwerpunkte für das kommende Jahr** darstellen, sofern diese **mit Haushaltsmitteln hinterlegt** sind.

Ich beginne mit **Nordamerika**, denn die bilateralen Beziehungen Deutschlands und Europas zu den USA bzw. zu Nordamerika sind von vitalem Interesse für unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Zukunft in einer globalisierten Welt. Dies gilt in besonderem Maße für das Exportland Nordrhein-Westfalen, denn die USA sind nach wie vor einer unserer wichtigsten Außenhandelspartner (außerhalb von Europa).

Unser Land profitiert in hohem Maße von den engen (historischen), wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Beziehungen zu Nordamerika. Diese **Vielfalt der Beziehungen** auch in den kommenden Jahren – in der gegenwärtig politisch nicht immer einfachen – Ausgangslage zu stärken und **in der jüngeren Generation zu verankern**, ist Ziel der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Deshalb werden wir auch in diesem Jahr auf kontinuierlich hohem Niveau Projekte zu **Stärkung und Ausbau des transatlantischen Dialogs**, speziell in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur fördern. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der transatlantischen **Nachwuchsarbeit**, z.B. im Bereich Studierendenaustausch und Forschungsprojekte.

Für **Lateinamerika** gilt: Die Landesregierung wird weiter daran arbeiten, die **Beziehungen zu dieser Region auf eine breitere Basis** zu stellen und beabsichtigt deshalb die Förderung von Veranstaltungen und Projekten, die geeignet sind, zum Auf- und Ausbau der Beziehungen Nordrhein-Westfalens mit Lateinamerika beizutragen.

Besondere Beziehungen mit Israel gehören zur **historischen Verantwortung Deutschlands**. Im nächsten Jahr wird uns diese Verantwortung wieder in herausgehobener Weise in Erinnerung gebracht werden: Israel feiert das **70jährige Jubiläum seiner Staatsgründung**. Natürlich werden wir diesen Jahrestag würdig und angemessen begehen, gern auch – wie in den vergangenen Jahren – gemeinsam mit Ihnen, der parlamentarischen Vertretung unseres Landes. Noch mehr als in der Vergangenheit wollen wir **für die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen sensibilisieren**. Bereits jetzt fördert die Landesregierung eine Vielzahl von **Begegnungsmaßnahmen**. Mein Haus unterstützt beispielsweise Kurzzeitstipendiaten, die hier in Nordrhein-Westfalen einen Forschungsaufenthalt verbringen. Darüber hinaus fördern wir Vereine und Organisationen, die Austauschprogramme auflegen. Unser Ziel für die Zukunft ist, **neue Zielgruppen für den Austausch** zwischen beiden Ländern zu gewinnen. Dabei wollen wir – und das ist neu – auch den **wirtschaftlichen Bereich stärker in den Blick nehmen**: In der High-Tech-Branche ergeben sich Chancen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft. Mehr Vernetzung dient aber auch dem **zwischenmenschlichen Austausch**, gegenseitigem Kennenlernen und damit der Festigung der besonderen Beziehungen.

Um in der Region zu bleiben: Seit 2015 unterstützt die Staatskanzlei Maßnahmen, die zu einer **Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen** beitragen sollen, die infolge des syrischen Bürgerkrieges in die Nachbarstaaten Jordanien und Libanon geflohenen sind. Die Landesregierung wird dieses **Engagement ausbauen** – und **stärker auf Jordanien fokussieren**. Schon jetzt kann ich Ihnen sagen, dass die Staatskanzlei auch 2018 den **Aufbau und die Einrichtung eines Berufsbildungszentrums** unterstützen wird, in dem Solarfachkräfte aus- und weitergebildet werden sollen. Bei

Projekten wie diesem haben wir **nicht nur die Flüchtlinge im Blick**, sondern auch **bedürftige Jordanier**. Zugleich setzen wir auf einen **verstärkten bilateralen Austausch – etwa im Polizeibereich**. Wir wollen ein Land stärken, das sich wie kaum ein anderes für die Menschen aus Syrien einsetzt, und zur **Stabilisierung der Region** beitragen.

Wenden wir uns nun dem afrikanischen Kontinent zu: Schwerpunkt des Engagements der Landesregierung in Afrika ist die sehr erfolgreiche **Partnerschaft mit Ghana**, die 2007 begründet und fortwährend ausgebaut wurde. Die **Zivilgesellschaft** war und ist einer der wichtigsten Anker der Partnerschaft dieser Partnerschaft. Deshalb wird die Landesregierung **dieses Engagement weiter** unterstützen. Auch die **Kooperation mit der GIZ** wird die Landesregierung fortsetzen. Zudem werden wir daran arbeiten, die **Partnerschaft auf weitere Ebenen zu tragen und auszubauen**. Das Instrument, auf das wir dabei setzen, ist der **Verwaltungsaustausch**. Unser Ziel ist es, über den Verwaltungsaustausch die Partnerschaft verstärkt in allen Politikbereichen zu verankern. Denn persönliches Kennenlernen erleichtert die Zusammenarbeit, ein intensiver guter Austausch ist Grundlage jeder funktionierenden Partnerschaft.

Neben den Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit der Landesregierung hat der Landtag der Landesregierung auch Mittel für **Hilfsmaßnahmen im humanitären Bereich** zur Verfügung gestellt. Damit sind wir in der Lage, im Ausland unbürokratische Hilfe insbesondere in Katastrophenfällen zu helfen, wenn auch in extrem begrenzten Ausmaß.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die **entwicklungspolitische Inlandsarbeit**, getragen von den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen überall in NRW.

Unser Land ist von allen Bundesländern dasjenige mit der **längsten entwicklungspolitischen Tradition**. Nicht nur unsere Auslandsarbeit, sondern auch unsere Aktivitäten auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit sind dabei ein wichtiger Baustein und Markenkern. Wie in allen anderen Bereichen auch, sind wir aber natürlich unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet, sicherzustellen, dass ihre Steuergelder bestmöglichst verwendet werden. Deswegen werden wir in den nächsten Jahren die auch die **entwicklungspolitische Inlandsarbeit nach und nach einer Prüfung unterziehen**, deren Ziel es ist,

- diese Arbeit zu verbessern und inhaltlich voranzubringen,
- zu identifizieren, ob es hier zu Doppelungen mit anderen Akteuren kommt und
- solche Doppelungen gegebenenfalls zu eliminieren.

Die **Mittel für diese Evaluierung** wollen wir im kommenden Jahr durch **Verschiebung** (in Höhe von jeweils 50.000 €) aus den Titeln 547 64 (“Sachliche Verwaltungsausgaben”) und 427 64 (“Ausgaben für die Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige, Werkverträge und Honorarkräfte”) im Titel 526 64 (“Ausgaben für Gutachten, Sachverständige, Werkverträge und Ähnliches”) verfügbar machen. Dies ist übrigens der eingangs erwähnte einzige Fall, in dem es im Bereich Internationales und Eine Welt im Jahr 2018 zu Verschiebungen kommt.

Nun noch einige Ausführungen zu den **Programmen**, die wir derzeit im Rahmen unserer entwicklungspolitischen Inlandsarbeit durchführen:

Das Programm „**Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in NRW**“ bietet nordrhein-westfälischen Kommunen Anreize zu entwicklungspolischem Engagement und unterstützt sie bei ihren entsprechenden Aktivitäten. Die Kommunen spielen in der internationalen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle, da globale Beziehungen auf kommunaler Ebene häufig sehr praktisch gelebt werden.

Mit dem Programm „**Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit**“ fördern wir die entwicklungspolitische Bildungsarbeit nordrhein-westfälischer Eine-Welt-Gruppen und Nicht-RegierungsOrganisationen. Ein gutes und wichtiges Förderprogramm, welches zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in NRW beiträgt.

Das **Promotorenprogramm** (Kurzfassung für: Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen) gilt als herausragendes, strukturell wirksames Projekt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Ein Programm, das in NRW so erfolgreich war, dass es auch bundesweit übernommen wurde. Zuletzt wurde es im Jahr 2014 mit positiven Ergebnissen evaluiert und weiterentwickelt.

Bewährt haben sich daneben im Bereich der Inlandsarbeit auch kleinere Programme wie der **Konkrete Friedensdienst NRW** – dieses Programm lässt junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen durch Arbeitseinsätze in den Entwicklungsländern zu wichtigen Multiplikatoren des Eine-Welt-Gedankens werden.

Dass die **Bewerbung der Stadt Bonn um die Europäische Arzneimittelagentur** trotz hervorragender Eignung des Standortes nicht zum Zuge gekommen ist, wissen Sie aus der Tagespresse – es ist bedauerlich. Aber lassen Sie mich auch ganz deutlich sagen: am

mangelnden Einsatz der Landesregierung lag dies nicht! Wir haben in diesem Bewerbungsverfahren wirklich alles gegeben, und die Attraktivität von Bonn auch und gerade für internationale Einrichtungen durch diese Bewerbung dadurch nochmal in weiten Kreisen bekannt gemacht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bundesregierung die ihr zu Gebote stehenden Mittel nutzt, um das durch die EMA-Bewerbung geschaffene Momentum für andere internationale Ansiedlungen in Bonn zu nutzen.

Daneben hat die Landesregierung in diesem Jahr u.a. mit ihrer umfassenden Beteiligung an der Durchführung der UN Klimakonferenz, der **COP 23**, im November 2017 einen wesentlichen Beitrag zur Profilierung der Stadt **Bonn als Standort der Vereinten Nationen und internationalem Nachhaltigkeitszentrum** geleistet. Wie Sie alle zweifellos den Medien entnommen haben, haben sich unser Land und die Stadt Bonn außerordentlich erfolgreich präsentiert.

Wir werden dieses Engagement für den internationalen Konferenzstandort Bonn fortsetzen. Derzeit entwickeln wir in Zusammenarbeit mit der Landesvertretung Berlin ein neues **Veranstaltungsformat**, zu Schwerpunktthemen der internationalen Organisationen in Bonn. Es soll das Wissen um den internationalen Standort Bonn auch in Berlin, steigern.

In Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn und mit der Bundesregierung werden wir **Bewerbungen für neue internationale Organisationen unterstützen**, beispielsweise über Beiträge zur Standortpräsentationen, zur Infrastruktur und Logistik. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass auch die **rechtlichen Rahmenbedingungen zur Ansiedlung internationaler Organisationen** verbessert werden.

Bonn ist zudem auch ein wichtiger **Wissenschaftsstandort**. Gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium, beabsichtigen wir, den Aufbau neuer internationalen Wissenschaftseinrichtungen zu fördern, um auf diese Weise die Weiterentwicklung der Stadt Bonn auch als internationalen Wissenschaftsstandort voranzutreiben.

Zur Unterstützung der europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung ist die **Landesvertretung in Brüssel** unverzichtbar. Sie dient dem Land und seinen Partnern

als Plattform zur Vertretung der Interessen von Land, Kommunen, Hochschulen und anderen NRW-Interessengruppen gegenüber den Europäischen Institutionen. Durch verschiedene Veranstaltungsformate werden wir vor Ort in Brüssel die Benelux-Zusammenarbeit und den Austausch im Rahmen des regionalen Weimarer Dreiecks durch Kooperationen mit den Büros der Regionen Haute-de-France und Schlesien unterstützen.

Der Haushaltsansatz der Landesvertretung (4.327.200 EUR) ist seit 2010 fast unverändert geblieben und bietet ausreichend Raum für die europapolitischen Aufgaben des Landes in Brüssel.

2018 werden wir durch fachpolitische Veranstaltungen die großen europäischen Themen aufgreifen und der Landesregierung und dem Landtag Foren bieten, um Landesinteressen noch deutlicher zu artikulieren als das in der Vergangenheit der Fall war. Auch nächstes Jahr werden die Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung den Leitfaden für die Themen bieten, die vorrangig präsentiert werden sollen.

Selbstverständlich werden auch wieder Events, Ausstellungen, Aufführungen stattfinden, die die Vielfalt der Kultur des Landes und nordrhein-westfälisches Brauchtum präsentieren.

Für 2018 sind bisher u.a. folgende Veranstaltungen fest geplant (weitere werden kurzfristig hinzukommen):

24.01.2018	Deutsches Institut für Entwicklungshilfe (Think-tank-20-Prozess)
01.02.2018	Karneval goes Europe
22.02.2018	Justizministerium (Thema: Cybercrime)
27.02.2018	NRW-Bank/VÖB „Greene Finance“ am Bsp Emscher
06.03.2018	Lesung Navid Kermani
06.09.2018	Klimadiskurs NRW

21.03.2018	NRWfilmclub@Brüssel
Juni 2018	Sommerfest
Juni 2018	Fußball-Stummfilm v. 1927 („Die elf Teufel“)
14.10.2018	NRWKultur: poetry slam
Dezember 2018	Präsentation Förderpreisträger für Musik